

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

ZU:

Aussprache des Landtages über die dramatisch wachsende illegale Migration im brandenburgischen Abschnitt der deutsch-polnischen Grenze und die Ablehnung von durchgehenden Grenzkontrollen durch Innenminister Michael Stübgen, Beratungsgegenstand der AfD-Fraktion

Durchgehende Grenzkontrollen durchführen, illegale Migration konsequent bekämpfen

Der Landtag stellt fest:

1. Die illegale Migration nach Deutschland über die deutsch-polnische Grenze entwickelt sich besorgniserregend. Nach Pressemeldungen wurden von der Bundespolizei allein im Oktober etwa 3000 Personen an der deutsch-polnischen Grenze registriert, im August waren es 713 und im September waren es 2323 Personen, die unerlaubt nach Deutschland gekommen sind.¹
2. Das Land Brandenburg ist besonders betroffen, da über 60 Prozent der deutsch-polnischen Grenze hier verlaufen. Allein in der 41. Kalenderwoche nahm die Bundespolizei 699 unerlaubt nach Brandenburg eingereiste Menschen in Gewahrsam.²
3. Der größte Teil der illegalen Migranten gelangt über Weißrussland, das als Reaktion auf verschärfte westliche Sanktionen die illegale Migration in die EU fördert, nach Polen (und damit in die EU), von wo die Migranten bislang ungehindert nach Deutschland weiterreisen können.³
4. Innenminister Stübgen hat sich mehrfach gegen Grenzkontrollen ausgesprochen, da er unsicher sei, „ob der Aufwand sich lohnt“ und „das tägliche Leben für zigtausend Deutsche und Polen in der Grenzregion enorm belastet“ würde.⁴

¹ <https://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-grenze-polen-belarus-1.5444252> (letzter Zugriff: 20.10.2021).

² <https://www.berliner-zeitung.de/news/unerlaubte-einreisen-ueber-polen-gestiegen-staedte-fordern-unterstuetzung-li.189775> (letzter Zugriff: 20.10.2021).

³ <https://taz.de/Migration-ueber-Belarus-nach-Deutschland/!5804694/> (letzter Zugriff: 20.20.2021).

⁴ <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2021/10/brandenburg-bundespolizei-grenzkontrollen-polen-fluechtlingszahlen.html> (letzter Zugriff: 20.10.2021).

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. den Bund unverzüglich um eine durchgehende Sicherung des brandenburgischen Abschnitts der deutsch-polnischen Grenze vor illegaler Migration zu ersuchen,
2. notfalls mit dem Bundesministerium des Innern, Bau und Heimat ohne schuldhaftes Zögern eine Vereinbarung nach § 2 Abs. 1 Bundespolizeigesetz zu treffen, wonach das Land Brandenburg den grenzpolizeilichen Einzeldienst mit eigenen Kräften wahrnehmen kann,
3. sich gegenüber dem Bund dafür stark zu machen, Polen bei der Sicherung der EU-Außengrenze zu Weißrussland zu unterstützen,
4. unverzüglich eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, um eine gesetzliche Regelung nach dem Vorbild der Republik Polen zu schaffen, die unter Beachtung des Art. 16a GG die Bearbeitung von Asylanträgen bei illegalem Grenzübertritt untersagt,
5. bei der Versorgung von Asylbewerbern einen Vorrang von Sach- vor Geldleistungen sicherzustellen,
6. bis auf Weiteres täglich Lageberichte zur Situation am brandenburgischen Abschnitt der deutsch-polnischen Grenze zu erstellen und zu veröffentlichen.

Begründung:

Die Sicherung des brandenburgischen Abschnitts der deutsch-polnischen Grenze wird von der Bundespolizeigewerkschaft, die sich für temporäre Grenzkontrollen an der deutsch-polnischen Grenze ausgesprochen hat, ausdrücklich gefordert. In einem Brief an den Bundesinnenminister beklagte der Gewerkschaftsvorsitzende Heiko Teggatz eine „erhebliche Mehrbelastung“ der Beamten der Bundespolizei durch die Abarbeitung der Fälle sowie eine „erhebliche Gesundheitsgefährdung“, da die Corona-Infektionsrate in den Herkunftsländern der Migranten nach wie vor sehr hoch sei.⁵ Eine Sicherung des brandenburgischen Abschnitts der deutsch-polnischen Grenze ist zudem möglich, da sich diese in ca. 264 km Gewässergrenze und ca. 15 km Landgrenze aufteilt.⁶ Die Oder ist ein natürliches Hindernis, das sich verhältnismäßig leicht kontrollieren lässt.⁷ Die durchgehende Kontrolle der deutsch-polnischen Grenze muss durch den Bundesinnenminister bei der EU-Kommission angemeldet werden. Dann sind auch Zurückweisungen möglich.⁸

⁵ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article234479634/Bundespolizeigewerkschaft-warnt-vor-Kollaps-an-deutscher-polnischer-Grenze.html> (letzter Zugriff: 20.10.2021).

⁶ <https://www.politische-bildung-brandenburg.de/themen/nachbar-polen/die-deutsch-polnische-grenze> (letzter Zugriff: 20.10.2021).

⁷ <https://taz.de/Die-Oder-ein-Fluss-wie-eine-Mauer!/1219468/> (letzter Zugriff: 20.10.2021).

⁸ <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus234497760/Zuwanderung-Wie-EU-Recht-Belarus-das-Migrations-Machtspiel-erleichtert.html> (letzter Zugriff: 20.10.2021).

Dass Grenzkontrollen möglich sind, und auch ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung durchgeführt werden können, haben sowohl die innerdeutschen⁹ als auch die Grenzkontrollen an den deutschen Außengrenzen¹⁰ im Rahmen der Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie gezeigt.

Die Republik Polen bemüht sich schon seit längerem, die Grenzsicherung zu Weißrussland zu verbessern. Dazu soll der bestehende Stacheldrahtzaun von 2,50 m Höhe laut Innenminister Mariusz Kaminski zu einer Barriere von „solider Höhe“ ausgebaut werden. „Die Anlage soll mit einem Überwachungssystem und Bewegungsmeldern ausgestattet werden. Für das Projekt ist ein Etat von umgerechnet 366 Millionen Euro vorgesehen.“¹¹ Polen ist auf allen möglichen Wegen, personell und finanziell sowie auf Länder-, Bundes- und EU-Ebene bei diesem Vorhaben zu unterstützen, da die Freizügigkeit des Schengen-Raums nur aufrechterhalten werden kann, wenn die EU-Außengrenze undurchlässig für illegale Migration ist.

Am 14. Oktober hat das polnische Parlament dafür gestimmt, sogenannte Pushbacks zu legalisieren, um illegale Einwanderer unbürokratisch an der Grenze zurückweisen zu können. Polnische Behörden haben künftig zudem die Möglichkeit, Asylanträge von Menschen „ungeprüft“ zu lassen, wenn „die Betroffenen nicht direkt aus einem Gebiet eingereist sind, in denen ihre Leben und ihre Freiheit bedroht sind“.¹² Für eine Orientierung an diesem Vorgehen und dem Grundgesetz muss sich die Landesregierung im Bundesrat stark machen. Laut Art. 16a Abs. 2 GG genießt kein Asylrecht, „wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist“.

Die Weiterreise der illegalen Migranten innerhalb der EU von Polen nach Deutschland wird durch die hierzulande vorhandenen Fehlanreize befördert, da nach wie vor zumindest zum Teil die Versorgung von Asylbewerbern durch Bargeldleistungen erfolgt. „Eine konsequente Beseitigung dieses Fehlanreizes kann nur durch eine vollständige Umstellung der Versorgung von Geld- auf Sachleistungen erfolgen. Die neuen Asylgesetze erlauben es, den Bundesländern, Asylbewerbern Sach- statt Bargeldleistungen zu gewähren.“¹³

Die bedrohliche Entwicklung der illegalen Migration an der deutsch-polnischen Grenze hat sich spätestens seit August abgezeichnet. Vor der Bundestagswahl bestand sowohl bei der Bundesregierung als auch der Landesregierung Brandenburgs kein Interesse, diese Entwicklung als politisches Problem mit Sprengwirkung zu thematisieren.¹⁴ Die daraus resultierende Untätigkeit hat nicht nur für eine Zuspitzung der Lage gesorgt, sondern auch zu deren Verschleierung geführt.

⁹ <https://taz.de/Coronavirus-und-Landesgrenzen/!5674150/> (letzter Zugriff: 21.10.2021).

¹⁰ https://ec.europa.eu/germany/news/20210215-corona-grenzkontrollen_de (letzter Zugriff: 21.10.2021).

¹¹ <https://www.dw.com/de/polen-befestigt-seine-grenze-zu-belarus/a-59492524> (letzter Zugriff: 20.10.2021).

¹² <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/polen-belarus-grenze-fluechtlinge-demonstration-100.html> (letzter Zugriff: 20.10.2021).

¹³ Landtag Brandenburg Drucksache 6/3533.

¹⁴ <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/so-laesst-sich-die-regierung-mit-den-fluechtlingen-austricksen-77766732.bild.html> (letzter Zugriff: 20.10.2021).

Die Brandenburger Bürger wussten nicht, welche Lage an der Grenze bestand. Um eine Eskalation der Lage wie im Jahr 2015 zu verhindern, ist ein täglich aktualisiertes Lagebild notwendig, das von einem bereits jetzt auf Länderebene zu installierendem Lagezentrum geliefert wird.¹⁵ Die täglich aktualisierten Berichte zu COVID-19 in Deutschland¹⁶ zeigen, dass bei entsprechendem politischen Willen eine fortlaufende Information der Bevölkerung möglich ist.

¹⁵ <https://www.businessinsider.de/politik/deutschland/vertrauliches-konzept-so-will-das-bundesamt-fuer-migration-und-fluechtlinge-eine-fluechtlingskrise-wie-2015-verhindern/> (letzter Zugriff: 20.10.2021).

¹⁶ https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Fallzahlen.html (letzter Zugriff: 21.10.2021).